



**Peter Meiwald**

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN  
Sprecher für Umweltpolitik

## Pressemitteilung

### Krebsgefahr durch Glyphosat

Oldenburg, 25.03.2015

**Peter Meiwald, MdB**

**Berliner Büro**

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: +49 30 227-78040  
peter.meiwald@bundestag.de

**Wahlkreis-Büro**

Friedensplatz 14  
26122 Oldenburg  
Telefon: +49 441 361 694 03  
und 0152 – 56 74 45 60

**Kontakt Oldenburg**

peter.meiwald.ma03@bundestag.de

**Kontakt Ammerland**

peter.meiwald.ma04@bundestag.de

Oldenburg. „Die Bundesregierung muss das Unkrautvernichtungsmittel Glyphosat endlich verbieten“, fordert der umweltpolitische Sprecher von Bündnis 90/Die GRÜNEN, Peter Meiwald. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat Glyphosat als „wahrscheinlich krebserregend bei Menschen“ eingestuft. Angesichts des einsetzen- den Frühlings und der damit verbundenen Arbeit auf den Feldern und in den privaten Gärten empfindet der heimische Bundestagsabgeordnete diese Neubewertung der WHO als sehr alarmierend: „Das muss endlich Konsequenzen haben. Das allgegenwärtige Allzweck-Ackergift ist eben nicht harmlos. Die WHO widerspricht der bisherigen Einschätzung des Bundesamts für Risikobewertung (BfR).

718.000 Tonnen des Unkrautvernichtungsmittels Glyphosat sind von dem global agierenden Agrarkonzern Monsanto weltweit 2012 verkauft worden laut Transparency Market Research, einem Marktforschungsunternehmen. Monsanto machte damit einen Umsatz von zwei Milliarden US-Dollar. Das Bundesumweltamt geht davon aus, dass davon in Deutschland mehr als 6.000 Tonnen ausgebracht worden sind.

Im Sinne der Verbraucher\_innen muss gehandelt werden, sagt der Westersteder Meiwald: „An der Neubewertung kann und darf sich die Bundesregierung nicht vorbeimogeln. Sie muss die Glyphosat-Zulassung jetzt umgehend aussetzen und die Risiken gründlich untersuchen. Es darf keine Neuzulassung von Glyphosat geben, solange Gesundheitsgefahren nicht umfassend durch neue industrieunabhängige Studien geklärt und ausgeschlossen wurden. Gerade die Folgen der Glyphosatbelastung von Nahrungsmitteln sind immer noch zu wenig untersucht, obwohl Studien das Gift selbst im Urin von Großstädtern nachgewiesen haben.“

Glyphosat wird kurz beim Anbau von Getreide, Mais oder Rüben angewendet, auf Grünflächen und in privaten Gärten, um sogenannte Unkräuter zu töten. Es gibt sogar Pflanzen, die extra für einen massiven Glyphosateinsatz entwickelt worden sind. Sie hätten auf unseren Äckern nichts zu suchen, unabhängig davon, ob sie gentechnisch verändert oder konventionell gezüchtet wurden.



Bis eine staatliche Neuregelung greift, bittet Meiwald Privatgärtner wie auch Landwirte inständig, freiwillig auf den Einsatz von Glyphosat zu verzichten.

Die Stadt Oldenburg setzt laut Auskunft des Fachdienstes Stadtgrün-  
pflege weder Glyphosat noch andere Herbizide ein. „Das begrüße ich  
ausdrücklich“, erklärt Meiwald. Viel zu lange schon verharmlosten  
Pestizidlobby, Bundesregierung und ihre Behörden die Glyphosat-  
Gefahren: „Sie reden die wachsende Zahl warnender Studien klein  
und ignorieren gravierende Mängel im Zulassungsverfahren. Wenn sie  
jetzt nicht aktiv wird, setzt die Bundesregierung vorsätzlich unsere  
Gesundheit aufs Spiel. Die zuständigen Behörden, allen voran das BfR,  
müssen ihre offensichtlich unzulänglichen Risikobewertungen überar-  
beiten. Das laufende EU-weite Neuzulassungsverfahren für Glyphosat  
muss von Grund auf neu aufgerollt werden. Die Bundesregierung trägt  
hier derzeit schließlich sogar Verantwortung für die ganze EU“.